

4198/J XXI.GP

Eingelangt am: 11.07.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Inneres
betreffend neonazistischer Aktivitäten am 13. April 2002

In der parlamentarischen Debatte am 17.4.02 haben Sie sich in zwei Wortmeldungen zum Aufmarsch der Neonazis am Heldenplatz und in der Kärntner Straße und zur Demonstration gegen den Aufmarsch der Neonazis geäußert. Sie haben dabei Feststellungen getroffen und Vermutungen geäußert, die Anlass zu folgender Anfrage geben.

1. Nationalsozialistische Wiederbetätigung...

1.1....in Wort...

Zu den Demonstrationen am 13.4.02 haben Sie am 17.4. folgende Feststellung getroffen: "*Pflastersteine von Links, Naziparolen von Rechts - beides ist unerträglich, und wir wollen das nicht in Österreich.*" Gegenüber dem ORF "report" vom 14.5.02 haben Sie hingegen erklärt, dass Sie bis dato keine "Sieg Heil- Rufe gesehen" hätten. Diese Sichtweise ähnelt der Ansicht des FPÖ - Abgeordneten Jung, der bereits am 8.5.02 in einer OTS -Aussendung davon gesprochen hat, dass es "offenbar (...) sogar im Zusammenhang mit einem Video vom 13. April Manipulationen der öffentlichen Meinungen gegeben" hat.

Am 21.5.02 erklärte der Chef der Wiener Staatspolizei, Ewald Bachinger gegenüber der "Presse", dass es 36 Anzeigen wegen des Verdachtes des Verstoßes gegen das NS- Verbotsgebot gebe. Allerdings sei weder auf einem Amateur-Video der Grünen noch auf zwei weiteren erkennbar, "dass beim Marsch durch die Kärntner Strasse tatsächlich ,Sieg Heil' gerufen worden sei." (Presse, 21.5.02).

Am 16. April 2002 zitierte jedoch die Austria Presse Agentur in ihrer Meldung 464 um 14 Uhr 35 den Wiener Polizeipräsidenten Stiedl mit den Worten: "Nach unseren Wahrnehmungen hat es in der Kärntner Straße keine 'Sieg Heil' - Rufe gegeben - vorher bei der Albertina schon." Und auch der "Kurier" berichtete am 17. April 2002 von polizeilichen Wahrnehmungen "verdeckt agierender Beamter", dass "um 16.08 Uhr im Bereich der Albertina vereinzelt 'Sieg Heil' - Rufe zu hören gewesen waren. Wieder gesammelt, zog der rechte Trupp um 16.09 Uhr los, bog um 16.12 Uhr in die Kärntner Strasse ein und tauchte bereits um 16.16 Uhr beim Stephansplatz in den Untergrund ab".

Auf dem Video, das bereits am 14. April 2002 in der ORF-Nachrichtensendung "Wien heute" in einer gekürzten Version präsentiert wurde, sind neben den Rufen "*Deutschland den Deutschen*", "*Ausländer raus*", "*Hier marschiert der nationale Widerstand*" auch "*Sieg Heil*" - Rufe - vereinzelt und im Chor - zu hören. Von einigen

Skins wurde auch der, Text eines Skin-Songs der Gruppe "Gestapo" von der CD "Heil dem Führer" rezitiert. Der Text ist deutlich hörbar auf dem Video - mit Ausnahme der ersten und letzten Textzeile:

*"Ich mag Adolf und sein Reich,
alle Juden sind mir gleich,
ich mag Skinheads und SA,
Türken klatschen, ist doch klar,
ich mag Fußball auf dem Rasen,
die SS, wenn sie gasen
- all das mag ich
und ganz doll die NSDAP."*

1.2. ...und Schrift.

In Ihrer zweiten Wortmeldung am 17. April 2002 haben Sie in Reaktion auf den Vorhalt meinerseits, auf der Nazi-Kundgebung am Heldenplatz sei ein Transparent mit den Worten "Deutsches Reich" an prominenter Stelle platziert gewesen, behauptet: *"Ich habe mir gerade alle Parolen, Transparente, Spruchbänder, Aufschriften und Plakate zeigen lassen, die an diesem Nachmittag verwendet worden sind. Ich möchte das nicht vorlesen, damit ich dafür keine Werbung mache, aber ein Spruchband, ein Transparent, eine Parole, ein Plakat, eine Aufschrift des Inhalts, den Sie hier genannt haben, haben wir in unseren Informationen nicht vorgefunden. Das muss ich auch in aller Deutlichkeit sagen."*



Bilder des von mir zitierten Transparents sind inzwischen mit dem Verweis, es handle sich um eine Nazidemonstration auf dem Wiener Heldenplatz, durch österreichische und internationale Medien gegangen. Es ist somit unstrittig, dass ein

Transparent dieses Inhalts bei der Demonstration mitgeführt wurde und Sie somit das Parlament falsch informiert haben.

Deutsches Kolleg
22. Juni 2001



Unternehmen Barbarossa

1. Vor 60 Jahren, am 22. Juni 1941, überschreitet die Deutsche Wehrmacht in breiter Front die sowjetischen Territorien.
2. Das Deutsche Reich beantwortete damit die subversive Kriegsführung der von Stalinunistischen Internationals, die schon in den 20er Jahren Deutschland an den Rand einer Unstürtze gebracht hatte.
3. Die europäische Dimension dieses Abwehrkampfes gegen die asiatische Konterrevolution der großen Zahl ausländischer Freiwilliger in der Waffen-SS, die dadurch zur ersten kriegstauglichen europäischen Armee wurde.

2. Behauptete Differenzen bezüglich eines Telephonats

In Ihrer Wortmeldung am 17. April haben Sie bezugnehmend auf ein Telephonat, das Generalinspektor Schnabl am Tag der Demonstration mit dem Abgeordneten Öllinger geführt hat, behauptet: "Nachdem ich gehört habe, dass eine Kontaktaufnahme mit Herrn Abgeordnetem Öllinger stattgefunden hat, habe ich den zuständigen Generalinspektor dazu natürlich befragt. - Ich muss sagen, ich stelle eine Differenz in den Aussagen fest, Herr Abgeordneter! Nach der Information, die ich vom Herrn Generalinspektor bekommen habe, haben entweder Sie hier im Parlament oder hat der Herr Generalinspektor mir nicht die Wahrheit gesagt. Ich denke, dieser Sache müssen wir auf den Grund gehen." Sie haben mit dieser Behauptung beim Abgeordneten Jung offenkundig (und im Protokoll der Sitzung nachzulesen) den Eindruck erweckt, ich sei "ein V-Mann von Schnabl".

Inzwischen hatten Sie ausreichend Zeit, "dieser Sache ... auf den Grund zu gehen" und festzustellen, dass Sie das Parlament falsch informiert haben. Und nicht zufällig war weder von Ihrer noch von anderer Seite je wieder von "dieser Sache" zu hören. Gerade deshalb ist es jedoch notwendig, den von Ihnen mir zumindest indirekt unterstellten, falschen Sachverhalt richtig zu stellen.

3. Einsatz von Gendarmerie am 13. April 2002

In der Nationalratssitzung vom 17. April 2002 war es Ihnen offenkundig ein Anliegen, den Abgeordneten Öllinger möglichst oft zu korrigieren und damit auch Ihre Unkenntnis der Vorgänge in ihrem eigenen Ministerium deutlich zu machen. So verstiegen Sie sich in die Behauptung, dass "nach meinen Informationen ... an diesem Wochenende bei diesem Einsatz kein - von Ihnen so genannter -

"Landgendarm" teilgenommen (hat). Das muss bei einer anderen Demonstration gewesen sein."

Bereits am 18. April war das anders: Der Pressesprecher des Innenministeriums musste in einer Presseaussendung einräumen, dass Gendarmerie-Schüler am 13. April 2002 im Bereich des Heldenplatzes im Einsatz waren.



Möglicherweise waren jedoch analog zum berühmten Pferd des ehemaligen Bundespräsidenten Waldheim am 13. April nicht Gendarmen, sondern nur Fahrzeuge der Gendarmerie im Einsatz. Nachdem Ihnen an der Klärung dieser Frage so viel gelegen zu sein scheint, darf die Antwort darauf nicht dem hektischen Alltag eines Innenministers zum Opfer fallen!

4. Verbotsgegesetz und Geschmacksfragen

Hinsichtlich der rechtlichen Grundlage für ein Verbot neonazistischer Manifestationen haben Sie in der Nationalratssitzung vom 17. April 2002 ausgeführt: "Daher sagt uns das Versammlungsgesetz auch sehr genau und sehr klar, wie wir vorzugehen haben, nämlich zum einen inhaltlich: Wir haben dann einzuschreiten, zu untersagen, wie es heißt, wenn gegen österreichische Strafgesetze verstößen wird oder wenn die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gegeben ist. Und zum anderen gibt es auch einen Passus, der regionale Einschränkungen betrifft, zum Beispiel die Bannmeile rund um das Parlament, zum Beispiel auch jene Regelungen, die genau sagen, ob Kundgebungen, Versammlungen oder Wahlwerbung in der Umgebung von Wahllokalen stattzufinden haben.

Es gibt keine Bannmeile rund um das Denkmal am Heldenplatz. Hätte der Gesetzgeber das gewollt, dann hätte er uns, der Polizei, das auch sehr klar gesagt. Daher gibt es und gab es keinen Spielraum. Herr Abgeordneter, das ist keine Geschmacksfrage, sondern eben eine Rechtsfrage, und das ist ein Unterschied, an den sich die Polizei hält!"

Tatsache ist, dass es im Vorfeld der Kundgebung am Heldenplatz deutliche Hinweise auf beabsichtigte Verstöße gegen das Verbotsgegesetz gegeben hat, auf die neben dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands und einer Reihe anderer Organisationen und Einzelpersonen auch der Abgeordnete Öllinger

hingewiesen haben. Ohne Vollständigkeit sei in diesem Zusammenhang etwa auf Aussendungen des DÖW hingewiesen, die bereits im März veröffentlicht wurden und deutliche Hinweise auf den neonazistischen Hintergrund der Veranstaltung anführen.

"Neonazi-Demo gegen Wehrmachtsausstellung

Österreichische Neonazis wollen offenbar ihren deutschen "Kameraden" nicht länger nachstehen und planen, am 13. April auch in Wien gegen die Wehrmachtsausstellung zu demonstrieren. Ein entsprechender Aufruf kursiert seit einiger Zeit im Internet. Im Gästebuch der neonazistischen Kameradschaft Germania (KSG) schrieb ein Aktivist namens Robert: "Organisiert wird die Demo von zwei Privat-Personen! Somit kommt es auf die Unterstützung jedes einzelnen Kameraden an!" Zum Stichwort "Unterstützung" heißt es im Dritten offiziellen Rundbrief der KSG (8. 3. 2002): "Unterstützung bekommen wir von Parteien wie der FPÖ und der NPD und vielen Kameradschaften und freien Nationalisten!"

Auch im Gästebuch von Sturmzeit ist Robert mit einem Aufruf vertreten: "Ein Kamerad (Sascha) und ich (ROBERT FALLER) haben eine riesige Bitte an euch und hoffen auf eure Unterstützung! [...] Darum planen wir für Samstag den 13. April eine Demonstration in Wien! Leider werden wir von niemandem unterstützt und haben kaum Kontakt zu Vereinen, Organisationen oder Parteien somit sind wir auf die Hilfe jedes Einzelnen angewiesen!" Darunter weist er auf eine von ihm eigens zur Demonstration eingerichtete Homepage hin und gibt für Antworten die e-mail-Adresse der KSG Wien an.

Die KSG Wien ist nach einer rund halbjährigen Unterbrechung nun wieder im Internet präsent. Eine Domainabfrage fördert die Verantwortlichen zu Tage: Neben Sascha Gasthuber (Administrator) scheint ein Ralf Heussner auf. Auf ihrer Homepage kündigt die KSG Wien an, sich nun als Verein eintragen zu lassen, um ihre künftigen Aktivitäten ("Demos, Konzerte, Balladenabende, Diskussionsrunden") in aller Öffentlichkeit setzen zu können. Aber zumindest die im Gästebuch der KSG Wien angekündigten Aktionen scheinen wenig geeignet, dieser Gruppe einen legalen Anstrich zu geben. So schreibt ein Jack aus Lienz/Osttirol: "Am 20. April (18.88) steigt in Lienz/Osttirol ne Nationalistenfete. Es wird gerade wie wahnsinnig organisiert (Unterkünfte, Hotels, Verpflegung, Bier, 'Renees' etc.). Anfragen aus Nordtirol/Innsbruck und Südtirol sind bereits vorhanden."

sowie

Demo- Vorbereitung

Die Neonazi-Demo gegen die Wehrmachtsausstellung nimmt langsam Gestalt an. Immer mehr "Kameraden" bekunden im Gästebuch der Kameradschaft Germania (KSG) ihre Bereitschaft, sich am Aufmarsch zu beteiligen. Die schriftliche Anmeldung ist mittlerweile bei der Wiener Polizei eingelangt.

Auch ein Flugblatt kursiert bereits im Netz. Darin wird die Ausstellung als "neuer Versuch, der Jugend ein schlechtes Gewissen einzureden", bezeichnet. Man werde "diese Ausstellung nicht lautlos dulden und gegen die Lügen und Diffamierungen über unsere Ahnen bzw. Großväter und unsere gesamte Geschichte auf die Straße gehen!".

Ein steirischer Neonazi ("ss148818") hat einen eigenen Aufruf ins Netz gestellt, den er gleich "an die Nationen" richtet: "In den letzten 50 Jahren waren wir, das deutsche und österreichische Volk mehr als jedes andere Volk und jede andere Kultur im Mittelpunkt schwerer Anschuldigungen und Anklagen, welche bis heute nicht eindeutig geklärt wurden." Da die Nazi-Verbrechen für den SS-Epigonen keine Verbrechen waren, ist auch die "Schuld" für ihn nur "von Siegermächten diktiert". Die "Westmächte" würden "schon seit Jahrzehnten unsere Länder" mit einem "Propaganda-Feldzug" überziehen und "damit unsere Kultur und unsere Art unter einem Berg von fremden Einflüssen [begrabt]". Demgegenüber ruft "ss148818" auf, sich der "eigenen Art" neu zu besinnen, weil ansonsten "die Zukunft unseres Landes, unserer Rasse und unserer Kultur besiegt" sei. Gleich seinen historischen Vorbildern sind auch für den Neonazi "die Feinde" und "Wurzeln alles Übeln" rasch benannt: es ist das "angebliche Opfervolk" der Jüdinnen und Juden. Nach jahrzehntelanger Unterdrückung, Fremdbestimmung und Umerziehung würden nun "die hohen Herren" eine "neuerliche Lüge" in Form der Wehrmachtsausstellung präsentieren. Mit dieser werde "abermals das Andenken einer der ehrenhaftesten Armeen des zweiten Weltkrieges und einer ganzen Generation von tapferen Männern und Frauen geschändet". Weil damit "das Maß voll" sei, soll gegen die "Lügенаusstellung" demonstriert werden. Als Anlaufstelle für weitere Informationen gibt auch "ss148818" die e-mail-Adresse der KSG an.

Einer der Verantwortlichen für die Mobilisierung gegen die historische Wahrheit, Robert Faller, wandte sich per e-mail an das DÖW mit der "Bitte um Korrektur" des Berichtes über die Demonstration und die KSG (siehe: Neonazi-Demo gegen Wehrmachtsausstellung »). Darin behauptet er, dass die Homepage der KSG und "die Kameradschaft selbst [...] mit der alten KSG-Wien nichts zu tun [hat]". Demgegenüber drückt sich die Kontinuität nicht nur im Namen aus, sondern auch darin, dass Sascha Gasthuber im Internet sowohl für die alte wie die neue Homepage als Administrator verantwortlich zeichnet. Dennoch hält Faller daran fest, dass Gasthuber "seit seinem privaten Rückzug im letzten Jahr nichts mehr mit dem Inhalt der Seite oder der Führung der KSG zu tun [hat]!". Gleichermaßen gilt für Ralf Heussner, einen "der besten Provider Deutschlands". Faller möchte auch die KSG aus der Organisation der Demo ausgeklammert wissen, diese werde vielmehr von ihm alleine geplant. Dass auf zahlreichen Neonazi-Homepages für Rückfragen zur Demonstration die e-mail-Adresse der KSG angegeben ist, verschweigt er geflissentlich. Hingegen stimmt, dass das Gästebuch der KSG gelöscht wurde, wobei Faller allerdings vergisst zu erwähnen, dass dies nicht auf das Konto der KSG geht, sondern dem Rechtsempfinden und der Vorsicht des Providers zuzuschreiben ist. Schließlich betont er: "Wir (respektive Ich) sind keine 'Neonazis'!"

Sowie im April

Noch eine Neonazi-Demo

Offenbar aus Unzufriedenheit mit den organisatorischen Fähigkeiten der Kameradschaft Germania Wien (KSG Wien) und deren Protagonisten Robert Faller (siehe: Neonazi-Demo gegen Wehrmachtsausstellung ») mobilisieren deutsche und österreichische Neonazis, die sich zur Plattform gegen Schändung des Andenkens Verstorbener zusammengeschlossen haben, nun zu einer weiteren Kundgebung gegen die "Wehrmachtsausstellung" am 13. April in Wien. Diese soll um 14 Uhr beim

Bahnhof Wien Mitte (U-Bahnstation Landstraße) beginnen. Die KSG Wien will laut im Internet kursierenden" Aufrufen ihre Demonstration weiter um 12 Uhr am Stephansplatz beginnen lassen.

Vorausgegangen war eine deutliche Kritik auf der Homepage Ruhm und Ehre. Deutsche Neonazis wiesen dort daraufhin, dass es "in Österreich keinen nationalen Widerstand [gibt], wie man es hier aus der BRD kennt" und es "schon seit X-Jahren keine nationale Demonstrationen gegeben (hat)." "Von daher", so die Skeptiker weiter, "sind Menschen mit Demo-Erfahrung dort kaum oder gar nicht vorhanden. Auch ein starkes Teilnehmerpotential ist nicht zu erwarten. Zwar gibt es in Österreich viele Burschenschaften und heimatreue Verbände, aber Gruppen mit Straßenerfahrung, die am Tag X zur Verfügung stehen, sind Mangelware. Das Gelingen der Demonstration hängt also stark von einer Unterstützung gerade von Kräften aus der BRD ab." Man sprate nicht mit deutlicher Kritik an Robert Faller und der KSG Wien: "Der/die Organisatoren haben nach unserer Kenntnis bislang keinen Kontakt zu demonstrationserfahrenen Kräften in der BRD aufgenommen, um z. B. die Vorbereitung gemeinsam zu bewältigen. So ist die Anreise nach Wien bislang völlig unklar und unsicher." Demgegenüber hat die Plattform bereits detaillierte Wegbeschreibungen zur Anreise verschickt.

Unmittelbar nach dieser Kritik wurde der zweite Aufruf ins Netz gestellt: "Achtung, Neuanmeldung! Es gibt für WIEN am 13. April eine neue Demonstrationsanmeldung, die nicht mehr mit der Ankündigung der 'Kameradschaft Germania' identisch ist.' Dieser richtet sich nun besonders an deutsche Neonazis, denen einige Tipps gegeben werden: "Informiert Euch frühzeitig über Anreisemöglichkeiten zum Startpunkt und schließt EUCH schon VOR Wien zu größeren Reisegruppen zusammen. [...] Um an der Grenze nicht gleich als Demoteilnehmer aufzufallen, sollte auf jeden Fall auf die beliebte aber überflüssige 'Szenekleidung' oder militärische Kleidung verzichtet werden." Als "Auflagen" gibt die Plattform an: "keine Abzeichen, keine Gruppenbekleidung oder Uniformierung, erwünscht sind Landesfahnen und Transparente, den Anweisungen des Ordnerdienstes ist Folge zu leisten!"

Es stellt sich auf Grund der Missachtung derart offenkundiger Hinweise auf die Gefahr von Verstößen gegen das NS-Verbotsgesetz die Frage, ob die Beachtung des NS-Verbotsgesetzes sowie des damit in Zusammenhang stehenden Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofs XXXXX für das Innenminister, den Resortleiter und seine Untergebenen eine "Geschmacksfrage" darstellt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Halten Sie Ihre Behauptung, es seien auf den von den Grünen vorgelegten Videos keine "Sieg-Heil" - Rufe zu erkennen, aufrecht?
 - 1.1. Haben Sie Sich die Videos von den Ereignissen rund um die Kundgebung und Demonstration von nationalsozialistisch orientierten Personen am 13. April 2002 selbst gesehen?

1.1.1.1. Wenn ja: Warum behaupten Sie offenkundig wahrheitswidrig, dass auf den Aufnahmen von der Demonstration vom Albertina-Platz zum Stephansplatz keine "Sieg Heil"-Rufe zu erkennen seien?

1.1.1.2. Wenn nein: Warum behaupten Sie, dass auf den Aufnahmen von der Demonstration vom Albertina-Platz zum Stephansplatz keine "Sieg Heil"-Rufe zu erkennen seien?

1.1.2. Die in der Sendung Report vom 14. Mai 2002 ihrerseits getätigten Feststellung, Sie hätten persönlich keine "Sieg Heil"-Rufe gesehen, ist geeignet, die Arbeit der Ihnen unterstellten Beamten zu beeinflussen bzw. deren Ermittlungsergebnisse mittels öffentlicher Bekanntgabe Ihrer persönlichen Meinung zum in Untersuchung stehenden Vorfall zu präjudizieren. Haben Sie zusätzlich zu dieser unmittelbaren inhaltlichen Beeinflussung der Arbeit Ihrer Beamten bzw. dessen Ergebnisses noch weitere Handlungen Ihrerseits gegeben, mit der Sie die Arbeit Ihrer Mitarbeiterinnen hinsichtlich möglicher Ermittlungsergebnisse beeinflusst haben?

1.1.2.1. Wenn ja, welche, wann und mit welchem Inhalt und welcher Zielsetzung (bitte um detaillierte Darstellung nach Datum, Art und Ziel der Beeinflussung)

1.1.3. Wenn es, wie Sie fälschlicherweise behaupten, keine feststellbaren "Sieg Heil"-Rufe gegeben hat, warum hat die Bundespolizeidirektion Wien gegen 36 Personen Anzeige wegen des Verdachts der NS-Wiederbetätigung erstattet?

1.2. Kann die Behörde inzwischen bestätigen, dass ein Transparent mit der Aufschrift www.deutsches-reich.de von Kundgebungsteilnehmern mitgeführt und präsentiert wurde?

1.2.1. Hat die Behörde vor oder nach dem 13. April 2002 ermittelt, ob diese Seite Inhalte verbreitet, die gegen das NS-Verbotsgebot verstößen?

1.2.1.1. Wenn ja: Wann (bitte um Angabe des genauen Datums) und mit welchem Ergebnis?

1.2.1.2. Wenn nein: warum nicht?

1.2.2. Ist Ihnen bzw. Ihrer Behörde bekannt, dass auf den Websites, die (auch wenn Sie das am 17. April 2002 im Nationalrat wahrheitswidrig bestritten haben) auf der Kundgebung am Heldenplatz beworben wurden, folgende Inhalte verbreitet werden:
"Nach dem 11. September 2001 ist die US-Ostküste aufmarschiert, um sich selbst zu vernichten. "Die Irren von Zion" begreifen nicht - können nicht begreifen - daß jede Bombe, die sie auf islamische Städte werfen, jede Rakete, die sie auf islamische Bastionen abfeuern, ihr Ziel im eigenen Hinterland finden: Sie pulverisieren den Heiligenschein des "American Way of Death", ohne den dieses System von Raub, Mord, Terror und Seelenvernichtung nur ein Schwächling in Hochglanzrüstung ist. Das Deutsche Volk verdankt den Märtyrern viel. Wir in unserer Lage hätten zur militärischen Destabilisierung der USA, die die Voraussetzung für die Auferstehung des Deutschen Reiches ist, wenig unternehmen können. Wenigstens diese Einsicht ist der RAF gutzuschreiben. Deren Handicap bestand darin, daß ihr Kampf der Welt nicht als nationaler Befreiungskampf einsichtig zu machen war. Da ist die Lage des palästinensischen Volkes anders - günstiger. Dieses kann den Anspruch der Juden,

in Palästina einen eigenen Staat zu begründen, souverän abweisen. Der Rechtstitel, auf den sich die Juden berufen, ist keiner."

Zu finden unter: <http://www.deutsches-kolleg.org/neUsplitter/eitam.shtml>

1.2.3. Ist Ihnen bzw. Ihrer Behörde bekannt, dass auf den Websites, die (auch wenn Sie das am 17. April 2002 im Nationalrat wahrheitswidrig bestritten haben) auf der Kundgebung am Heldenplatz beworben wurden, folgende Inhalte verbreitet werden :
"Wenn die Juden heute - nach 3500 Jahren - auf das Versprechen Jahwes zurückgreifen, um den Völkermord am Palästinensischen Volk zu rechtfertigen, so ist das so, als wollten wir Deutsche das Ende der jüdischen Weltherrschaft in Erinnerung an den Befehl des persischen Großkönigs Artaxerxes (StzuEster 1, 2-4) zur Ausrottung der Juden anmahnen und so den vermeintlichen - jedenfalls nicht nachweisbaren - Befehl Adolf Hitlers zur "Endlösung der Judenfrage" rechtfertigen."
 Ebd.

1.2.4. Ist Ihnen bzw. Ihrer Behörde bekannt, dass auf den Websites, die (auch wenn Sie das am 17. April 2002 im Nationalrat wahrheitswidrig bestritten haben) auf der Kundgebung am Heldenplatz beworben wurden, folgende Inhalte verbreitet werden:
"Das Deutsche Volk muß sich erheben, die Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches durch eine verfassunggebende Nationalversammlung ("ordnende Reichsversammlung") wiederherstellen und seinerseits Restitutions- und Entschädigungsansprüche für die ausstehenden Friedensvertragsverhandlungen anmelden.

Es liegt auf der Hand, daß dieses Ziel nur als Ergebnis der Niederlage der USA im 3. Weltkrieg erreicht werden kann. Daß das Deutsche Reich diesen Krieg nicht führen kann, liegt auf der Hand. Es ist die List der Geschichte, daß die USA in ihrer Überheblichkeit diesen 3. Weltkrieg selbst mit dem Angriff auf die Balkanstaaten begonnen und jetzt zusammen mit Israel - den Angriff auf die USA vom 11. September 2001 als Vorwand nutzend - ausgeweitet haben (Afghanistan und Palästina). Seine Entfaltung (Irak, Iran, Syrien, Sudan, Libyen, Nordkorea, China, Rußland) wird die Angreifer moralisch sowie materiell erschöpfen und den Zusammenbruch der USA und Israels herbeiführen. Dieser Zusammenbruch wird die Stunde des Deutschen Reiches sein, das im Bündnis mit Rußland das Zeitalter der Imperialismen, das sich im Globalismus vollendet hat, mit der Errichtung einer neuen Weltordnung beendet. Dieses beruht auf dem Prinzip der wechselseitigen Anerkennung der Völker und Nationen. Kernstück der wechselseitigen Anerkennung ist die Beendigung des mörderischen Freihandels durch Herstellung des Weltmarktes, der zwischen den Nationen den Austausch von Gutem nach dem Grundsatz wechselseitigen Vorteils realisiert."

Zu finden unter: <http://www.deutsches-kolleg.org/gespraeche/28032002.shtml>

2. Welche Differenz zwischen den Angaben des Abgeordneten Öllinger und des Generalinspektors Schnabl veranlasste Sie am 17. April 2002 zur Annahme, dass einer dieser Personen nicht die Wahrheit gesagt habe?

2.1. Können Sie diese Behauptung nach Überprüfung des Sachverhalts weiterhin aufrecht erhalten?

2.1.1. Wenn ja: Warum?

2.1.2. Wenn nein: Warum nicht?

2.2. Ist es denkbar, dass weder der Abgeordnete Öllinger noch der Generalinspektor Schnabl, sondern möglicherweise eine dritte Person (z.B. Sie, Herr Innenminister) bezüglich des Telefonats der beiden am 13. April 2002 nicht die Wahrheit gesagt hat?

2.3. Werden Sie Sich für diese offenkundig falsche, jedoch öffentlich vorgetragene Beschuldigung des Generalinspektors Schnabl bzw. des Abgeordneten Öllinger öffentlich entschuldigen?

3. Waren am 13. April 2002 Angehörige der Gendarmerie bzw. Gendarmerieschülerinnen im Bereich des Heldenplatzes im Einsatz?

3.1. Warum haben Sie wiederholt behauptet, dass keine Gendarmen am Heldenplatz im Einsatz waren?

3.2. Fand am 13. April 2002 in Wien noch eine weitere Demonstration in Wien statt, in deren Rahmen Gendarmeriebeamtinnen zum Einsatz kamen?

3.3. Schädigt derart unsachliche wie polemische und irreführende Wortwahl wie jene, die der Bundesminister für Inneres am 17. April 2002 hinsichtlich des Einsatzes von Gendarmeriebeamtinnen am Wiener Heldenplatz gewählt hat, das Ansehen der Exekutive?

3.4. Werden Sie sich für Ihre in Ausübung des Amtes eines Bundesministers getätigten unsachlichen, polemischen, irreführenden und auf persönliche Kränkung wie Entwertung eines Abgeordneten einer anderen Partei abzielenden Ausführungen vom 17. April 2002 öffentlich entschuldigen?

4. Ist die zuständige Abteilung der Bundespolizeidirektion Wien vor dem 13. April 2002 Hinweisen auf zu möglicherweise zu erwartende nationalsozialistische Wiederbetätigung im Rahmen oder im Umfeld der Veranstaltung vom 13. April 2002 am Heldenplatz nachgegangen?

4.1. Waren der Behörde vor dem 13. April 2002 folgende Aufrufe bzw. Unterstützungen im Web für die Kundgebung vom 13. April 2002 bekannt?

- £ www.widerstand.com/ruhm-und-ehre
- £ www.ksgermania.com
- £ www.diespinne.org
- £ cloud.prohosting.com/ffranken
- £ Posting von *Eisbär88* im Forum von www.ksgermania.com
- £ Posting von *Hatebringer* im Forum von www.ksgermania.com
- £ Posting von *Bastidd* im Forum von www.ksgermania.com
- £ Posting von *Robert88* im Forum von www.ksgermania.com
- £ Posting von *peoplehaternö* im Forum von www.ksgermania.com

4.1.2. Wenn ja: Wurden diese Aufrufe als Hinweise auf eine Gefahr zu erwartender nationalsozialistischer Wiederbetätigung im Rahmen der Kundgebung auf dem Heldenplatz gewertet? Bitte begründen Sie die Einschätzung der BPD-Wien jeweils einzeln hinsichtlich der angeführten Websites bzw. Positionierungen in Foren.

4.1.1.2. Wenn nein: Wie rechtfertigt die Behörde diese Unterlassung?

4.2. Wie bewertet die Behörde die Tatsache, dass auf der Site der Kameradschaft Germania unter dem Titel "Kameraden" zu den Sites den Organisationen bzw. Gruppen

- 4 Sturm 18 Kassel
- 4 Südfront und der
- 4 Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener

verwiesen wird (bitte um jeweils eine kurze Einschätzung zu jeder der genannten Organisationen bzw. Gruppen)?

4.3. Ist die Behörde ihrer aus dem VfGH-Erkenntnis VfSlg 9649 vom 19.1.1985 erwachsenen Verpflichtung in vollem Umfang nachgekommen?

4.3.1. Wenn ja: Welche aus diesem VfGH-Erkenntnis sich ergebende Aktivitäten setzte die Behörde mit welchem Ergebnis (bitte um detaillierte Anführung der Aktivitäten sowie der daraus resultierenden Ergebnisse).

4.3.2. Wenn nein: Warum nicht?

5. In Beantwortung der Anfrage 3779 von Abg. Posen und Kolleginnen erklärte der Bundesminister für Justiz: "Die Sicherheitsbehörden haben Robert Dürr bisher nicht als Teilnehmer an der bezeichneten Demonstration vom 13. April 2002 identifizieren können".

In der Beantwortung der Anfrage 3815 der Abg. Petrovic und Öllinger erklärten sie jedoch: "Dürr wurde bei der Kundgebung wahrgenommen".

Wer informierte das Parlament falsch: Sie oder der Justizminister ?